

Sitzungsprotokoll

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsdatum	21.02.2019
Uhrzeit	19:30 Uhr bis 21:05 Uhr
Sitzungsort	Raum 222 - Magistratzimmer im Bürgerzentrum,

Anwesend

Vorsitzender:

Pavlos Stavridis (CDU)

Mitglieder:

Erich Herbst (CDU)

vertritt Klepper, Tabea (CDU)

Dr. Lutz Lehmler (SPD)

vertritt Fladung, Katharina (SPD)

Andreas Orth (CDU)

Marika Prasser-Strith (GRÜNE)

Carsten Sinß (SPD)

Björn Sommer (FDP)

vertritt Hamm, Karl-Heinz (FDP)

Magistrat:

Bürgermeister Michael Heil (CDU)

Werner Fladung (SPD)

Joachim Haberstroh (CDU)

Stadtverordnetenversammlung:

Albert Bungert (CDU)

Gerda Müller (SPD)

Dr. Ute Weinmann (GRÜNE)

Schriftführer:

Tobias Müller

Abwesend

Katharina Fladung (SPD)

Karl-Heinz Hamm (FDP)

Tabea Klepper (CDU)

Ausschussvorsitzender Pavlos Stavridis eröffnet die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 19:30 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und das Gremium beschlussfähig ist.

1. Antrag SPD: Verzicht auf die Stelle einer hauptamtlichen Ersten Stadträtin / eines hauptamtlichen Ersten Stadtrats in der Stadt Oestrich-Winkel
2018/159

Wortbeiträge: SV Orth, SV Sinß, SV Herbst, SV Sommer, SV Dr. Lehmler, SV Prasser-Strith, SV P. Stavridis

Die Fragen zum Fragenkatalog der Fraktionen CDU und FDP werden von Bürgermeister Heil und Ersten Stadtrat Fladung abwechselnd beantwortet.

Protokollnotiz:

Die Gesamtanzahl an Überstunden auf Leitungsebene der Stadt Oestrich-Winkel beträgt zum 31.12.2018 insgesamt 1.416 Stunden.

Das Thema wird sehr kontrovers und intensiv diskutiert.

SV Prasser-Strith reicht einen Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum SPD Antrag ein.

Ergänzungsantrag zum SPD-Antrag „Änderung der Hauptsatzung - Verzicht auf die Stelle des hauptamtlichen Ersten Stadtrates in der Stadt Oestrich-Winkel (BV 2018/159)

Wir bitten um personellen Ausgleich auf Leitungsebene der Stadtverwaltung, die dann die Stelle des Ersten Stadtrates kompensieren kann.

Die genaue Ausgestaltung der Führungsebenen in der Stadtverwaltung soll dann unter der Gestaltung des zukünftigen Bürgermeisters liegen und durch diesen vorgenommen werden.

SV Sinß bittet um Unterbrechung der Sitzung für 5 Minuten, damit sich die Fraktionen intern beraten können.

Die Sitzung wird von 20:45 bis 20:50 Uhr unterbrochen.

Der Vorsitzende SV Stavridis lässt zunächst über den Ursprungsantrag der SPD und anschließend über den Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Beschluss

Ursprungsantrag: Bei 3 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.

Ergänzungsantrag: Bei 1 Ja-Stimme, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich **abgelehnt**.

2. Bericht der Kämmerei / Quartalsbericht

Erster Stadtrat Fladung berichtet über den IV. Quartalsbericht 2018. Im Bereich der Personalkosten gab es Mehraufwendungen, bedingt durch Tarifierhöhungen, damit verbundene Einmalzahlungen, tarifbedingte Höhergruppierungen und Integrationsmaßnahmen. Darüber hinaus wurden für zusätzliche im Stellenplan berücksichtigte Stellen nicht ausreichend Mittel veranschlagt. Für 2018 soll der Mehrbedarf durch Minderausgaben und Mehrerträge gedeckt werden.

Die Entwicklung konnte in den vorherigen Quartalsberichten nicht erkannt werden, weil wesentliche Aufwendungen (13. Monatsgehalt) erst im Dezember 2018 wirksam wurden.

Erster Stadtrat Fladung teilt mit, dass in den künftigen Quartalsberichten Positionen, die erst am Jahresende wirksam werden, unterjährig zugeordnet werden.

Da auch in 2019 nicht ausreichend Mittel bereit stehen, müssen auch hier Einsparungen erfolgen.

Wortbeiträge: SV Sinß, SV Dr. Lehmler, SV Prasser-Strith, Bürgermeister Heil

Protokollnotiz:

Ein Aktenvermerk zum voraussichtlichen Mehrbedarf an Personal- und Versorgungsaufwendungen 2019 sowie Deckungsmöglichkeiten im Gesamthaushalt wird dem Protokoll beigelegt.

Der Bericht der Kämmerei zum IV. Quartal 2018 wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

3. Verschiedenes

Hierzu gibt es keinen Beratungsbedarf.

Oestrich-Winkel, 22.02.2019

Ausschussvorsitzender
Pavlos Stavridis

Schriftführer
Tobias Müller

Quartalsbericht zum 31. Dezember 2018*

Beschreibung	Ansatz 2018	Plan 4.Quartal 2018	Ist 4.Quartal 2018	Abweichung absolut	Abweichung in %
1 Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.300.894	-1.300.894	-1.542.570	241.676	18,58%
2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.316.600	-1.316.600	-1.299.727	-16.873	-1,28%
3 Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-1.141.875	-1.141.875	-1.150.510	8.635	0,76%
4 Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0,00%
5 Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-13.195.777	-13.195.777	-12.425.432	-770.345	-5,84%
6 Erträge aus Transferleistungen	-507.715	-507.715	-496.368	-11.347	-2,23%
7 Erträge aus Zuweisungen u. Zuschüssen für lfd. Zwecke u. allgemeine Umlagen	-3.866.037	-3.866.037	-3.914.781	48.744	1,26%
8 Erträge a.Auflösung v.SoPos aus Investitionszuweisungen,-zuschüssen u.-beiträge	-607.597	-607.597	-607.597	0	0,00%
9 Sonstige ordentliche Erträge	-359.624	-359.624	-363.265	3.641	1,01%
10 Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)	-22.296.119	-22.296.119	-21.800.250	-495.869	-2,22%
11 Personalaufwendungen	3.987.073	3.987.073	4.194.929	207.856	5,21%
12 Versorgungsaufwendungen	779.212	779.212	523.494	-255.718	-32,82%
13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.603.731	5.603.731	5.521.481	-82.250	-1,47%
14 Abschreibungen	1.294.378	1.294.378	1.294.378	0	0,00%
15 Aufwendungen f. Zuweisungen u. Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	2.040.331	2.040.331	2.193.654	153.323	7,51%
16 Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzl. Umlageverpflichtungen	8.237.825	8.237.825	8.159.542	-78.283	-0,95%
17 Transferaufwendungen	0	0	0	0	0,00%
18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.235	21.235	21.239	4	0,02%
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	21.963.785	21.963.785	21.908.717	-55.068	-0,25%
20 Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./ Nr. 19)	-332.334	-332.334	108.467	-223.867	
21 Finanzerträge	-55.000	-55.000	-222.308	167.308	
22 Zinsen und andere Finanzaufwendungen	294.334	294.334	254.669	-39.665	
23 Finanzergebnis (Nr. 21 ./ Nr. 22)	239.334	239.334	32.361	-206.973	-86,48%
24 Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Nr. 10 und Nr. 21)	-22.351.119	-22.351.119	-22.022.558	-328.561	-1,47%
25 Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen (Nr.19 und Nr.22)	22.258.119	22.258.119	22.163.386	-94.733	-0,43%
26 Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./ Nr. 25)	-93.000	-93.000	140.828	47.828	

Holzverkauf!

Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer liegt 2018 deutlich unter den Erwartungen. Eine Kompensation erfolgt durch die Mehrerträge beim Forst!***

2018 zusätzl. Ausgleichszahlung KFA (44458,00 €)

Höhere Personalaufwendungen aufgrund neuer Tarifanpassungen sowie Neueinstellungen im Kita-Bereich! Pensions- und Beihilferückstellungen werden erst im Rahmen des Jahresabschlusses aufgrund von finanz-mathematischen Gutachten ermittelt!

Gutes Finanzergebnis aufgrund erhöhter Zinserträge im Rahmen der Zinssteuerung durch die Fa. Magral sowie geringerer Zinsaufwendungen!

* Grundlage des Berichts sind die Buchungen bis zum 31.12.2018!

**Nach den jüngsten Mitteilungen und Hochrechnungen kann zum Jahresende nicht mehr erwartet werden, dass die Einkommenssteueranteile wie geplant realisiert werden. Ein Minderertrag von rd. 500.000 EUR ist wahrscheinlich. Die Kompensation in 2018 ist jedoch gewährleistet. Mit Blick auf das Jahr 2019 ist bekanntzugeben, dass mindestens dieser Anteil bei den Erträgen fehlen wird. Jedoch kann diese Entwicklung durch den Kommunalen Finanzausgleich 2019 (Planungsdaten vom 31.10.18, FV5070 A-110-IV3/19) kompensiert werden

Weitere Ergebnisgrößen im unterjährigen Vergleich:

Beschreibung	Ansatz 2018	Plan 4.Quartal 2018	Ist 4.Quartal 2018	Abweichung absolut	Abweichung in %
Schlüsselzuweisungen	-3.736.937	-3.736.937	-3.737.102	165	0,00%
Ausgleichsleistungen Familienleistungsgesetz	-507.715	-507.715	-496.368	-11.347	-2,23%
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	-7.895.765	-7.895.765	-7.296.566	-599.199	-7,59%
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-379.317	-379.317	-364.350	-14.968	-3,95%
Grundsteuer A	-220.922	-220.922	-215.539	-5.383	-2,44%
Grundsteuer B	-1.909.091	-1.909.091	-1.902.676	-6.415	-0,34%
Gewerbsteuer	-2.583.727	-2.583.727	-2.433.232	-150.495	-5,82%
Sonst. Vergnügungsst., einschl. Spielapparatesteuer	-138.809	-138.809	-115.951	-22.858	-16,47%
Hundesteuer	-56.426	-56.426	-59.154	2.727	4,83%
Zweitwohnungssteuer	-11.720	-11.720	-18.689	6.969	59,46%
Kreisumlage	4.382.103	4.382.103	4.381.449	654	0,01%
Schulumlage	3.405.226	3.405.226	3.354.143	51.083	1,50%
Gewerbsteuerumlage	450.496	450.496	426.128	24.368	5,41%

1.848.243,68 €
-1.596.061,48 €
252.182,20 €

89.314,67 €
-93.409,09 €
-4.094,42 €

Stand der Kassenkredite zum 31.12.2018: 1.074.400,00 €**

Genehmigter Kassenkredit: 14.000.000,00 €

Stand der Kassenkredite zum 16.01.2019: 500.000,00 €

****09/18 Ablösung Kassenkredite i. H. v. 8.800.000,00 im Rahmen der Hessenkasse!**

gez. Tobias Müller

Kämmererei

Aktenvermerk

Oestrich-Winkel, 04.02.2019

Personal- und Versorgungsaufwendungen 2018

Im Budgetbericht zum 4. Quartal 2018 wurden erstmals bei der Position 11 (Personalaufwendungen) zum Jahresende verbleibende Abweichungen (Mehraufwendungen) von 207.856 EUR festgestellt.

Diese Entwicklungen konnten in den vorherigen Quartalsberichten nicht erkannt werden, da wesentliche Aufwendungen, insbesondere aus dem 13. Monatsgehalt und rückwirkenden Höhergruppierungen, die erst im 4. Quartal 2018 vollständig entstanden sind, nicht mit ihren anteiligen Quartalswerten in den Berichten zugrunde gelegt wurden.

Ferner erfolgte eine Gesamtbetrachtung mit der Position 12 (Versorgungsaufwendungen), deren Abweichungen (Minderaufwendungen) sich aktuell noch auf 255.718 EUR belaufen, da die Pensions- und Beihilferückstellungen noch nicht feststehen und erst im Zuge der Abschlussarbeiten verbucht werden.

Bei einer Prüfung konnte festgestellt werden, dass es in einigen Bereichen zu Mehraufwendungen (Position 11) kam, die sich insbesondere aus nicht ausreichend veranschlagten Mitteln für Tarifierhöhungen und Höhergruppierungen ergaben aber auch aus im Stellenplan veranschlagten Stellen, z.B. im Bereich der Kitas, für die nicht die entsprechenden Mittel in den Haushaltsplan übernommen wurden (Planungs-/Übertragungsfehler). Hierzu im Einzelnen:

1. Im Mittelansatz 2018 wurden die Tarifsteigerungen von rd. 3,1% nur in Höhe von rd. 2,4 % berücksichtigt. Zusätzlich entstanden tarifliche Einmalzahlungen.
2. Mit dem Jahr 2018 wurden die rechtlich verbindlichen Stellenbewertungen abgeschlossen. Damit waren entsprechende Höhergruppierungen verbunden, deren Rückwirkungen teilweise bis zum 01.01.2017 reichten und unter dem Haushaltsjahr 2018 abzuwickeln waren.
3. Zusätzlich wurden Integrationsmaßnahmen in den städtischen Kitas durchgeführt. Die Mittel waren nicht im Haushalt 2018 veranschlagt, wurden jedoch durch den Landkreis zusätzlich gefördert. Diese Fördermittel führen jedoch nicht zu einer Reduzierung der Personalkosten, sondern werden an anderer Stelle ergebnisverbessernd als zusätzliche Erträge verbucht.
4. Personaleinstellungen erfolgten innerhalb des beschlossenen Stellenplans, jedoch wurden die für zusätzliche Stellen erforderlichen Mittel nicht in voller Höhe im Haushaltsansatz berücksichtigt.

Wie bereits einleitend dargestellt, konnte dies unterjährig nicht erkannt werden, da nicht alle Aufwandspositionen anteilig in den Quartalsberichten berücksichtigt wurden. Es ist davon auszugehen, dass die begründeten Anpassungen bei den Personalaufwendungen nicht vollumfänglich in den Haushaltsplan übernommen wurden. (Planungs-/ Übertragungsfehler).

Wie werden diese Mehraufwendungen im Abschluss 2018 behandelt?

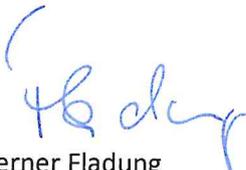
1. Der Aktenvermerk ergänzt den 4. Quartalsbericht 2018. Somit werden die Gremien über die aktuellen Abweichungen umfassend informiert. Er bildet ferner die Grundlage für weitere Beschlussfassungen / Berichtserstattungen im Zuge des Jahresabschlusses.
2. Im Zuge der Jahresabschlussarbeiten 2018 wird beurteilt, ob tatsächlich eine Budgetüberschreitung verbleibt, die einer gesonderten Beschlussfassung der STVV bedarf. Evtl. verbleibende Mehraufwendungen sollen durch Mehrerträge im Bereich der Kinderbetreuung und durch Minderaufwendungen im Gesamthaushalt gedeckt werden. Unabhängig von der entsprechenden Deckung solcher Mehraufwendungen, haben die Ansprüche Dritter gegen die Stadt oder die Erfüllung von tariflichen Gegebenheiten Vorrang und müssen erfüllt werden.

Wie wird mit ggf. daraus resultierenden Mehraufwendungen des Jahres 2019 umgegangen?

1. Aktuell erfolgt eine Abstimmung zwischen dem Dienstleister Lohnabrechnung, der Personalabteilung und der Kämmerei im Hinblick auf die Personal- und Versorgungsaufwendungen 2019.
2. Im Anschluss daran, müssen bereits im 1. Quartal 2019 Korrekturen bei den übrigen Haushaltsansätzen vorgenommen werden, um den Haushaltsausgleich zu gewährleisten. Mehraufwendungen sollen durch evtl. Mehrerträge und vornehmlich durch Minderaufwendungen im Gesamthaushalt gedeckt werden. Unabhängig von der entsprechenden Deckung solcher Mehraufwendungen, haben die Ansprüche Dritter gegen die Stadt oder die Erfüllung von tariflichen Gegebenheiten Vorrang und müssen erfüllt werden.

Mittelanmeldung / Quartalsberichte / Haushaltsvollzug

1. In diesem Bereich wurden Optimierungspotentiale eröffnet.
2. Es erfolgt künftig eine stärkere Verzahnung zwischen Personalabteilung und Kämmerei, insbesondere im Hinblick auf Änderungen, die sich erst im Zuge der Haushaltsplanaufstellung ergeben.
3. In den künftigen Quartalsberichten werden Positionen, die erst zum Jahresende entstehen bereits unterjährig den Quartalen zugeordnet.
4. Im Zusammenhang mit den bereits durch den Stellenplan / anderen rechtlichen Regelungen legitimierten neuen Personaleinstellungen erfolgt zusätzlich eine Budgetabstimmung.


Werner Fladung
Kämmerer


Maik Lang
Fachbereichsleiter

Aktenvermerk

Oestrich-Winkel, 20.02.2019

Voraussichtlicher Mehrbedarf an Personal- / Versorgungsaufwendungen 2019 und Deckungsmöglichkeiten im Gesamthaushalt

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen für das Jahr 2019 wurden mit rd. 5.063.000 EUR im Doppelhaushalt veranschlagt.

Aus der aktuellen Hochrechnung ergibt sich ein voraussichtlicher Mehrbedarf i.H.v. rd. 325.000 EUR inkl. der anteiligen Kosten für das Projekt Kinderfreundliche Kommune.

Die Deckung soll insbesondere aus Minderaufwendungen bei Zinsen und Umlagen (rd. 220.000 EUR - 290.000 EUR) innerhalb des Produktbereiches Finanzwirtschaft gewährleistet werden. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Entwicklung der Gewerbesteuer nicht genau bestimmt werden kann und Abweichungen ggü. dem Haushaltsansatz möglich sind.

Darüber hinaus könnten die Ansätze für Verbrauchs- und Büromaterialien, Material- und Instandhaltungsaufwendungen, Wartungskosten, Leasing und Kosten der Verkehrsüberwachung im Vergleich mit den vorläufigen Jahresergebnissen 2017 / 2018 und dem anzunehmenden Bedarf um rd. 70.000 EUR niedriger abschließen als für das Jahr 2019 geplant.

Zusätzlich stehen im Haushalt 2019 Instandhaltungsansätze (rd. 90.000 EUR) für konkrete Einzelmaßnahmen zur Verfügung, die teilweise mit in die erforderlichen Deckungsmittel einbezogen werden könnten.

Die Mittelbewirtschaftung für den aufwandsintensiven Bereich der Gemeindestraßen wird aktuell neu organisiert. Durch eine effiziente Steuerung und Mittelverwendung sollen Einsparungen generiert werden.


Werner Fladung
Kämmerer


Maik Lang
Fachbereichsleiter